

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Wir sind damit am Ende der Aussprache zum Einzelplan 08 angelangt. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4408, den Einzelplan 08 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Somit stimmen wir über die Beschlussempfehlung und nicht über den Einzelplan selbst ab. Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD. – Die Enthaltung kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Neppe. Mit diesem festgestellten Abstimmungsergebnis ist der **Einzelplan 08 in der Fassung der in der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4408 ausgewiesenen Beschlüsse angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 11
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4411

- a) Arbeit
- b) Soziales
- c) Gesundheit

Ich rufe den ersten Teilbereich auf:

a) Arbeit

Ich eröffne die Aussprache, und für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Neumann das Wort.

Josef Neumann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Heute ist eigentlich kein so guter Tag für Nordrhein-Westfalen.

(Unruhe – Glocke)

An einem Tag, an dem wir die Nachricht bekommen haben, dass einer der größten Arbeitgeber in unserem Lande beabsichtigt, 12.000 Arbeitsstellen abzubauen, halte ich es für angebracht, sich gerade in der Diskussion des Haushalts für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Bereich Arbeit mit dieser Thematik zu beschäftigen und noch einmal darauf einzugehen.

Rund 22.000 Arbeitsplätze hat Bayer hier in Nordrhein-Westfalen. Zwei Kernstandorte, Bayer Leverkusen und Umgebung und Wuppertal und Umgebung, müssen wir hier besonders hervorheben, und zwar nicht nur mit den Produktionsstandorten, die

sich hier in Nordrhein-Westfalen befinden, sondern vor allem auch mit einem starken Forschungsstandort, den wir hier in Nordrhein-Westfalen haben, und auf den wir stolz sein können.

Wenn nun Bayer mitteilt, dass man beabsichtigt, im Jahre 2019 pro Aktie 1 Euro mehr zu zahlen und im Jahre 2020 rund 10 Euro pro Aktie zu zahlen – im Vergleich zu den 6,80 Euro, die für 2019 geplant sind –, dann ist das erst einmal eine gute Nachricht für Aktionäre.

Wenn man dann die zweite Schlagzeile liest, dass im Rahmen der Effizienz- und Strukturmaßnahmen rund 12.000 der weltweit 118.000 Arbeitsplätze wegfallen sollen, ein signifikanter Teil davon in Deutschland, dann kann man sich vorstellen, welche Standorte insbesondere betroffen sein werden. Ich denke, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen besonders davon betroffen sein werden.

Kolleginnen und Kollegen, gerade wir hier an diesem Industriestandort, am Gesundheits- und Pharmastandort Nordrhein-Westfalen, müssen jetzt sehr deutlich Flagge zeigen, wenn es darum geht, sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen einzusetzen, und wenn es darum geht, den Forschungsstandort Pharma in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und diesen zu unterstützen.

(Beifall von der SPD)

Ja, wir können erst einmal mit der Information zufrieden sein, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen bis zum Jahre 2025 geben soll. Aber jeder abgebaute Arbeitsplatz bei Bayer bedeutet nicht nur abgebaut bei Bayer, sondern bedeutet auch bei Zulieferern, bei sonstigen Lieferanten einen Wegfall von Aufträgen, ein Einbrechen von Arbeitsplätzen und letztendlich eine Wertschöpfung, die verlorengeht.

Insbesondere die Städte, in denen sich diese Standorte befinden, die durch ihre kommunalen Einnahmen darauf angewiesen sind, wissen, was es bedeutet, wenn es diesen massiven Arbeitsplatzabbau gibt.

Deshalb ist es wichtig, dass wir gerade bei dieser Diskussion zum Thema „Haushalt“ heute noch einmal das Signal setzen, dass wir hier an der Seite der Betroffenen stehen müssen, dass wir für jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen müssen, aber dass wir insbesondere auch einen enormen Beitrag dazu leisten müssen, dass der starke Forschungsstandort Bayer erhalten bleibt.

(Beifall von der SPD)

Nur wenn Forschung stattfindet, wird es auch nachhaltige Arbeitsplätze und eine nachhaltige Wertschöpfung in diesem Bereich geben. Deshalb müssen wir gemeinsam sehr darauf achten, was bei Bayer in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren passiert. Wir müssen alle gemeinsam an einer Seite stehen, um diesen Standort zu verteidigen,

damit nicht nur diejenigen profitieren, die sich dann über eine Ausschüttung von 10 Euro freuen dürfen, sondern auch die 12.000 Mitarbeiter geschützt werden, die jetzt von einem Arbeitsplatzabbau bedroht sind.

(Beifall von der SPD)

In diesem Sinne appelliere ich hier an uns alle, die notwendige Solidarität des Hauses zu zeigen.

Herr Minister, ich hoffe auch, dass Sie als Arbeitsminister aktiv sein werden und entsprechende Gespräche einleiten, um deutlich zu machen, dass wir Entscheidungen, die einseitig sind, auch nicht akzeptieren können. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schmitz.

Marco Schmitz (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein Tag, an dem zwei Herzen in unserer Brust schlagen. Denn wir haben heute zum einen die Nachricht erhalten, dass bei Bayer 12.000 Stellen abgebaut werden solle; der Kollege Neumann hat es gerade schon sehr ausführlich dargestellt. Zum anderen haben wir heute Arbeitsmarktzahlen präsentiert bekommen, die für Nordrhein-Westfalen die besten seit 1992 sind.

Wie ich sieht auch die CDU-Fraktion mit großer Sorge, welche Entscheidungen heute getroffen worden sind. Ich möchte nicht auf die wirtschaftlichen Entscheidungen eingehen, die Bayer getroffen hat, und darauf, woraus es resultiert, dass jetzt die Stellen abgebaut werden müssen. Ich glaube, das waren Managemententscheidungen.

Aber wir müssen zusehen, dass wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Stück weit Sicherheit geben. Ich bin sehr dankbar, dass der Betriebsrat und die Arbeitgeber zusammen entschieden haben, dass die 12.000 Stellen, die bis 2025 abgebaut werden, alle sozialverträglich abgebaut werden und es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird.

Nichtsdestotrotz handelt es sich bei diesen Arbeitsplätzen um Hochlohnarbeitsplätze, die sehr gut bezahlt sind. Wir alle kennen Bayer als Unternehmen und wissen, dass es dort Arbeitsplätze gibt, die ganze Familien ernähren, die lang und tief in der Region verwurzelt sind. In Deutschland wird vor allem die Region Leverkusen und Wuppertal betroffen sein.

Man muss aber auch dazu sagen: Bislang wissen wir noch nicht genau – die Meldungen sind ja erst ein

paar Stunden alt –, wo diese 12.000 Stellen abgebaut werden sollen, ob das alles in Deutschland der Fall sein wird oder weltweit. So viel erst einmal dazu.

Ich möchte noch auf unseren Einzelplan eingehen, der extrem wichtig ist. Heute haben wir die aktuellen Arbeitsmarktzahlen bekommen – die besten Zahlen seit 1992. In Nordrhein-Westfalen liegt die Arbeitslosenquote bei nur noch 6,4 %. Wir haben inzwischen fast 7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen. Aber – und das gehört zur Wahrheit auch dazu – es gibt immer noch große Unterschiede in den Regionen. In Münsterland liegt die Arbeitslosenquote bei 3,8 % und im Ruhrgebiet bei rund 9 %.

Eine große Freude bedeutet der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, der schon im letzten Jahr begonnen hat. Ich möchte jetzt nicht so vermessen sein, das alleine auf die Politik der NRW-Koalition zurückzuführen. Sicherlich werden aber auch die Anstöße, die wir gegeben haben, und die Entfesselungspakete dazu geführt haben, dass Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden sind, dass Bürokratie abgebaut wurde und somit Menschen wieder in Arbeit gekommen sind.

(Beifall von der CDU)

Vor allem für den Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit werden wir im nächsten Jahr rund 400 Millionen Euro in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung haben. Daher hege ich die Hoffnung, dass wir weiteres Geld nutzen können, um noch mehr Menschen, die heute noch nicht in der Lage sind, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen, langfristig in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ein weiteres Programm, das wir im nächsten Jahr fortführen werden, ist unser Ausbildungsprogramm. Dafür stehen 2,6 Millionen Euro ESF-Mittel zur Verfügung, die wir nutzen werden, um vor allem benachteiligte Jugendliche in Arbeit zu bringen. Sie werden ganz eng begleitet; denn Arbeit ist – und das wiederholen wir in jeder Rede, die wir zum Thema „Arbeitsmarkt“ halten – der beste Schutz vor Hartz IV und vor dem Abrutschen in Armut.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein weiterer Bereich, der der NRW-Koalition sehr am Herzen liegt, ist die Berufsankennung. Wir haben im letzten Plenum bereits dazu gesprochen und haben dabei deutlich gemacht, dass die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse dabei helfen kann, Fachkräfte für unser Land zu gewinnen. Wir müssen versuchen, hier Arbeit zu generieren; denn jeder Arbeitsplatz, der entsteht, zieht nachfolgende Arbeit mit sich, sodass noch weitere Arbeitsplätze entstehen.

Deswegen erstellen wir für das geplante Berufsankennungsgesetz eine Datenbank, wofür wir 300.000 Euro in die Hand nehmen, um die Anerkennung zu gewährleisten. Das ist ein Punkt, der mir sehr am

Herzen liegt; denn ich glaube, dass dies eine Möglichkeit ist, noch mehr Arbeit zu generieren.

Ich komme zum letzten Bereich: Fachkräftesicherung und -qualifizierung. Auch im kommenden Jahr werden wir den Bildungsscheck Nordrhein-Westfalen weiter fördern. Wir haben die Einkommensgrenzen hochgesetzt, sodass jetzt noch mehr Beschäftigte davon profitieren können. Das wird ein Bereich sein, bei dem wir im Rahmen der Digitalisierung unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherlich fortbilden müssen, um sie fitzumachen für den Arbeitsmarkt.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben. Noch einen schönen Abend!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um das, was heute mit Bayer passiert ist, mal von der Dimension her einzuordnen: Die 12.000 Arbeitsplätze übersteigen die Gesamtzahl der Arbeitsplätze, die im Braunkohlerevier – und zwar in den nächsten 30 Jahren – abgebaut werden müssen.

(Zurufe von der CDU)

– Wer ist denn da schon wieder so nervös? – Das macht deutlich, dass man immer wachsam sein muss und dass die derzeit gute Konjunktur in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland jederzeit wieder in Gefahr geraten kann.

Was mit Monsanto und Bayer passiert ist, war ein Stück Ansage. Die Dimension mit 12.000 betroffenen Arbeitsplätzen erschreckt natürlich. Deswegen war ich einigermaßen überrascht, als in der Fragestunde zur Kohlekommission der Wirtschaftsminister zu Fragen der Strukturpolitik des Ruhrgebiets nichts, aber auch gar nichts anzubieten hatte, womit die Landesregierung in Berlin aufzuwarten gedenkt, um den notwendigen Strukturprozess im Ruhrgebiet – das ist eben auch von dem Kollegen von der CDU angesprochen worden –

(Zuruf von der CDU)

– Entschuldigung, Herr Schmitz – nach vorne zu bringen.

Herr Minister, Sie haben einige gute Sachen gemacht, die nicht typisch sind für die CDU: Sie haben den Passiv-Aktiv-Transfer vorangebracht; ich nenne auch das Bundesprogramm, das den sozialen Arbeitsmarkt betrifft. Das sind gute Impulse, und wir werden sehen, wie sich das ausgestaltet und wie es sich im Markt auswirken wird.

Das positive Bild, das Herr Schmitz gezeichnet hat, muss man jedoch differenziert betrachten. Gerade bei den Menschen mit Behinderung oder auch bei den Langzeitarbeitslosen gestaltet sich die Entwicklung beileibe nicht so positiv wie bei den anderen. Das macht deutlich, dass dort eine ganze Menge investiert und getan werden muss.

Ich erlaube mir – auch wenn die Ministerin jetzt nicht im Raum ist – eine Bemerkung zur Frauenförderung. Das war vorhin schon ein starkes Stück, zu behaupten, dass Rot-Grün – der Vorwurf muss ja immer kommen – nicht dafür gesorgt hätte, dass beim normalen Bewährungsaufstieg genug Frauen vorhanden wären, um in Spitzenpositionen berufen zu werden.

Sie bieten dann die Besetzung der Regierungspräsidien an. Eine politische Besetzung mit dem Karriereaufstieg zu vergleichen, ist erstens fachlich falsch und macht zweitens deutlich, dass Sie nicht verstanden haben, warum es da keine Frauen in Führungspositionen gibt – nämlich weil die Strukturen darunter einfach nicht bestehen.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Das hat auch nie jemand behauptet! – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Deswegen habe ich wenig Hoffnung, dass sich in unseren Behörden in Nordrhein-Westfalen etwas Positives entwickeln wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Kollege Witzel, eines muss ich mal sagen: Sie sind der Superexperte in diesem Bereich. Sie haben vor zwei Jahren gesagt, was alles nicht geht. Seitdem CDU und FDP hier regieren, hat sich nichts zum Positiven entwickelt, und Sie haben immer nur laute Worte zu machen! Sie haben null geliefert, was dieses Thema anbetrifft.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurück zum Einzelplan 11 und weg von Herrn Witzel. Ich möchte, dass wir im Bereich Arbeitsmarktpolitik die möglichen positiven Ansätze – auch das, was auch vom Bund kommt – mit einer klugen und vernünftigen Strukturpolitik verbinden.

Deswegen war ich sehr entsetzt – Herr Minister, darüber haben wir mehrfach gesprochen –, dass Sie die Produktionsschulen eingestampft haben. Auch die Begründung entsetzt. Manchmal muss eine neue Regierung zwar auch neue Programme auflegen. Dass Sie aber der Auffassung sind, mit den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit seien alle Menschen über 18 Jahre abgedeckt – das hat die CDU in den Anhörungen auch so betont –, kann ich überhaupt nicht verstehen.

Wir brauchen sehr intensive Unterstützung für unterschiedliche Personengruppen. Dazu gehören Menschen, die es – wie Sie es ausdrücken – schwer hatten und in der Schule keinen vernünftigen Abschluss zustande gebracht haben, die unter Depressionen leiden oder unter etwas anderem. Sie brauchen eine intensive Betreuung. Wir brauchen für den Einsatz Behinderter vor allem eine entsprechende Werbung, damit sie an Stellen kommen, und für Langzeitarbeitslose eine Perspektive auf mehr Stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es lohnt sich: Wir reden über mehrere Hunderttausend Menschen; rechnen wir die Familien dazu, sind es fast 1 Million Menschen. Dafür müssen wir uns einsetzen. Das ist unser Job. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Lenzen.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Schmitz hat es schon ausgeführt; das ist alles nicht einfach. Wir wollten heute den Einzelplan 11 zum Bereich Arbeit beraten.

Zu dem Einzelplan habe ich vom Kollegen Neumann – wie ich vermute, auch aufgrund der Aktualität der Meldung zu Bayer – kein direktes Wort vernommen. Man kann das vielleicht auch positiv sehen, dass er da nichts zu kritisieren hatte. Zugleich eint uns in diesem Hohen Hause angesichts der Meldung das Bedauern darüber, dass 12.000 Arbeitsplätze bei Bayer abgebaut werden sollen. Das nimmt man nicht einfach mal so zur Kenntnis.

Bevor jetzt in der Opposition das erste Krakeelen losgeht, ist es wichtig zu betonen: Wir wollen und sollen nicht einfach in Entscheidungen von Unternehmen eingreifen. Als Politik aber haben wir jedoch die Aufgabe, mögliche Folgen abzumildern.

(Zurufe von der SPD)

– Da kann man natürlich dazwischenquatschen; man könnte aber auch einfach mal zuhören.

Genauso wichtig ist es – in ihrer Zielsetzung hält die NRW-Koalition daran fest; das zeigt auch die heutige Meldung: auf der einen Seite die guten Arbeitsmarktdaten, auf der anderen Seite die Schreckensmeldung von Bayer –, so vielen Menschen wie möglich in unserem Land diese Teilhabe zu ermöglichen. Wir sehen Arbeit als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe an.

So war es richtig – und es zeigt sich jetzt, dass wir auf dem richtigen Weg sind –, zum Beispiel ein Aus-

bildungsprogramm für 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für besonders benachteiligte Jugendliche auf den Weg zu bringen. Genauso richtig ist es, einen Schwerpunkt darauf zu legen, wie wir noch mehr geflüchtete Menschen in Arbeit und Ausbildung integrieren können. Richtig ist es auch, im Haushalt 50 Millionen Euro für die Qualifizierung junger Geflüchteter zu veranschlagen. – Das sind nur ein paar Beispiele dafür, dass das – unabhängig von der heutigen Bayer-Entscheidung – richtige Maßnahmen sind.

Die Landesförderung im Zusammenhang mit den ESF-Programmen neu auszurichten, wie es mit den zusätzlichen Ausbildungsplätzen eben schon skizziert wurde, war ebenso richtig.

Es gibt einen klaren Unterschied zwischen der NRW-Koalition und der rot-grünen Opposition:

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Da sind wir aber gespannt, was jetzt kommt!)

Wir verlieren nicht den ersten Arbeitsmarkt aus dem Auge. Für uns liegt der Fokus immer auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dort wollen wir an erster Stelle ansetzen.

(Zurufe)

– Sie können natürlich weiter dazwischenschreien; ich habe es vernommen.

Wir haben aber, wie der Kollege Schmitz ausgeführt hat, schon einiges auf den Weg gebracht: Wie können wir berufliche Qualifikationen besser feststellen? Wie können wir die Anerkennung von Abschlüssen beschleunigen? Wie können wir die Potenziale der Menschen, ihre Fähigkeiten und Qualifikationen besser nutzen? Wie können wir ihre Abschlüsse bewerten? Da müssen wir schneller und effizienter werden.

Deswegen ist es richtig, dass wir in diesem Haushalt – und das hat es in diesem Zusammenhang bisher nicht gegeben – eine Datenbank auf den Weg bringen werden, in der die ausländischen Berufsabschlüsse im Vergleich zu den deutschen Berufsbildern systematisch erfasst werden. Dafür stellen wir 300.000 Euro zusätzlich bereit.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es geht um eine einheitliche und schnellere Bearbeitungspraxis. Das ist eben praktische Politik. Man kann entweder bedauern und die Hände in den Schoß legen, oder man kann handeln. Letzteres macht die NRW-Koalition.

In der Debatte über die öffentlich geförderte Beschäftigung sollte man die aktuellen Zahlen von heute vernommen haben. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist von 300.000 mit Antritt vom letzten Jahr auf heute knapp über 250.000 gesunken.

Natürlich bedauern wir, dass der Bund mit dem Teilhabechancengesetz unsere Spielräume bei der Integration von Langzeitarbeitslosen so stark einschränkt. Da hätten wir uns mehr gewünscht. Wir wissen auch, dass sich unser Arbeitsminister dafür entsprechend eingesetzt hat. Daraus machen wir keinen Hehl. Das hat er auch in der letzten Ausschusssitzung wieder klar deutlich gemacht.

Es gibt aber einen klaren Unterschied im Vergleich zum letzten Jahr, als unser Arbeitsminister gesagt hat: Wir wollen mit diesen Modellprojekten, mit denen wir im Land etwas erproben, neue Impulse setzen. Dann nehmen wir uns doch ein Beispiel an dem Dortmunder Projekt, und die anderen haben sich danach auszurichten.

Wir sagen klar: Der Fokus liegt auf dem ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen Private einbinden, und wir wollen eben nicht das, was Sie wollen, nämlich diesen zu 100 % rein öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Was Sie unter sozialem Arbeitsmarkt verstehen, das führt in eine sozialpolitische Sackgasse.

(Beifall von der FDP – Sarah Philipp [SPD]:
Was für ein Schwachsinn!)

Wir sehen es mit einer gewissen Sorge, wenn man sich beim Teilhabechancengesetz Ihres Arbeitsministers an den Tariflöhnen orientiert. Das erschwert eher die Förderung der Beschäftigung in den ersten Arbeitsmarkt der privaten Unternehmen. Da ist es auch für uns mehr als schwierig, zu sagen:

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Stefan Lenzen (FDP): Es ist wenig effizient, ein eigenes Landesprogramm abweichend von den Förderinstrumenten separat zu finanzieren. Da hätte man vom Bund doch ein bisschen mehr an Öffnungsmöglichkeiten und Spielräumen für uns erwartet. Dann hätten wir im Land auch auf unsere Gegebenheiten reagieren und unsere Erfahrungen aus den Modellprojekten dorthin überführen können.

In diesem Sinne möchte ich mich für die konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss und mit dem Ministerium für das jetzt bald abgelaufene Jahr bedanken.

Ein Gedanke eint uns: Wir möchten uns gemeinsam für Arbeitsplätze einsetzen; wir wollen sie sichern und erhalten. Darauf können wir jetzt konstruktiv aufbauen. Ich wünsche noch gute Beratungen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Danke schön!

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Vincentz.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist gar nicht so einfach, diesen Haushalt im Bereich Arbeit zu kritisieren.

Das liegt zum einen sicherlich mit daran, dass viele Fixkosten dabei sind. Das bedeutet, von der Bundesebene wird viel einfach durchgereicht. Dieses große Stück vom Kuchen – wenn man es als Kuchendiagramm im Haushalt darstellt – wird irgendwann sehr klein, wenn man die Dinge wegnimmt, die im Land NRW einfach an uns vorbeigereicht werden. Angesichts des großen Arbeitsmarkts Nordrhein-Westfalen entspricht der Teil, den wir als Land wirklich bewegen können, die Impulse, die wir setzen können, eher einer Akzentsetzung.

Zum ändern muss man leider auch zugeben, dass der Minister eine sehr gute Arbeit macht. Das beinhaltet zwei Dinge. Erstens sagt er relativ selten „NRW-Koalition“. Er spricht relativ wenig von „weltbesten Gesundheit“ oder „weltbesten Arbeit“. Zweitens – das hat der Kollege Lenzen eben schon ganz gut ausgeführt – ist die Fokussierung auf den ersten Arbeitsmarkt gesetzt. Das war in der Vergangenheit – wenn man über die Theorie von Arbeit spricht – ein bisschen aus dem Fokus geraten.

Worum geht es denn eigentlich? – Arbeit bedeutet Teilhabe. Wenn wir uns daran erinnern, wie unsere Vor-, Vor-, Vor-, Vor-, Vorfahren gelebt haben, wissen wir, dass der Mensch die meiste Zeit eher relativ primitiv gelebt hat. Wenn man in die Evolutionsbiologie schaut, findet man eher die Dinge, die den modernen Menschen ausmachen.

Da stellen wir fest: Arbeit zu haben, bedeutet zugleich, etwas Produktives für die Gemeinschaft zu tun und ein Teil der Gemeinschaft zu sein. Das heißt übersetzt: Das Produktive, das ich bei der Arbeit leiste, ist mein Teil an der Gesellschaft, den ich inne habe. Das dürfen wir nicht aus dem Fokus verlieren.

Es geht nicht nur darum, einer Arbeit nachzugehen. Ich kann Ihnen als Arzt sagen: Es geht vielfach nicht darum, in irgendeiner Beschäftigung zu stehen. Viele Leute haben heutzutage einen Bore-out – das heißt, sie langweilen sich in die Depression – oder verstehen gar nicht mehr, was sie bei der Arbeit machen und haben auch dadurch Probleme. Es geht nicht nur darum, überhaupt eine Arbeit zu haben, sondern es geht um das Gefühl, dass man etwas Produktives macht, dass man etwas für die Gesellschaft tut und das, was man macht, auch einen gewissen Sinn hat. Von daher ist der Fokus auf den ersten Arbeitsmarkt sehr gut.

Trotzdem wären wir nicht Opposition, wenn wir nicht etwas kritisieren würden. An dieser Stelle möchte ich Einstein zitieren: Man löst keine Probleme mit denselben Gedanken, mit denen sie entstanden sind. – Das ist das, was ich Ihnen an dieser Stelle vorwerfen muss. Es gibt nach den zwei Haushaltsdebatten

noch zu wenig Mut, sich von dem Rot-Grünen loszusagen und eine eigene schwarz-gelbe Fußnote zu hinterlassen und etwas ganz Neues zu wagen.

Die Probleme, mit denen wir es jetzt zu tun haben, sind von einer Größe und Tragweite – seien wir ehrlich, mit Industrialisierung 4.0 und allem, was da auf uns zurollt –, dass wir neue Ideen haben müssen, wenn wir sie bewältigen wollen. Das werden wir mit den alten Konzepten wahrscheinlich nicht lösen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stichworte „Bayer“ und „Arbeitsmarktzahlen in Nordrhein-Westfalen von heute“ kann man einfach mit dem Sprichwort umschreiben: Freud und Leid liegen manchmal sehr nah beieinander.

Ich kann das Thema „Bayer“ als Arbeitsminister heute nicht beurteilen, weil ich diese Nachricht selbst erst seit wenigen Stunden kenne. Natürlich werden wir uns darum kümmern, weil wir im Arbeitsministerium jeden industriellen Arbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen besonders wertschätzen und industrielle Strukturen in Nordrhein-Westfalen behalten wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden in wenigen Tagen unsere letzten Steinkohlezechen in Nordrhein-Westfalen schließen. Damit nehmen wir Abschied von einer gewaltigen Industrieergangenheit, der dieses Land viel zu verdanken hat. Die Braunkohle ist in der Diskussion, wie Sie wissen. Wenn Sie mal schauen, wie lange der sozialverträgliche Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau gedauert hat, dann müssen Sie auch verstehen, dass der Arbeitsminister darauf achten muss, dass wir auch den Kolleginnen und Kollegen in der Braunkohle eine ähnliche Phase des Ausstiegs ermöglichen müssen. Das ist zumindest mein Standpunkt.

(Beifall von der CDU)

Das Thema „Bayer“ zeigt mir auch, dass wir in der Politik auf einem guten Weg sind, wenn wir vor allen Dingen auf die inhabergeführten Familienbetriebe gewerblicher und industrieller Art setzen, auf Unternehmerstrukturen, die lebenslang Deutschland gebucht haben und nicht so mit den Arbeitsplätzen umgehen, wie es bei Konzernen im Allgemeinen der Fall ist.

(Beifall von der CDU und der AfD)

Das ist ein zentraler Punkt der Politik von CDU und FDP hier in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Von der FDP? Weiß ich nicht!)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der mir sehr wichtig ist. Wir haben in diesem Haushalt die Debatte der Schulsozialarbeit bis 2022 abgesichert, immerhin mit einem Volumen von rund 47 Millionen Euro.

Über einen Änderungsantrag der Fraktionen bekommen wir rund 50 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt, um uns mit den Schulabschlüssen von geflüchteten Menschen zu beschäftigen. Sie kennen die Debatte: längere Schulpflicht für die über 18-Jährigen.

Ich bin Herrn Dr. Stamp als Integrationsminister dankbar dafür, dass wir mit diesem Geld gemeinsam Menschen, die damals zu uns gekommen sind, zu Schulabschlüssen bringen. Schließlich ist der Schulabschluss die Voraussetzung dafür, dass wir sie in eine qualifizierte Ausbildung bekommen. Es ist wie immer in der Integrationspolitik: Das Ergebnis zählt, und das Ergebnis „Integration“ ist erst dann vollendet, wenn wir die Menschen auch in Arbeit bringen. Hier wird ein neuer Schwerpunkt unseres Ministeriums zusammen mit dem Integrationsministerium liegen.

Wir haben das Werkstattjahr und den Passiv-Aktiv-Transfer durchgesetzt. Wir werden schon in diesem Jahr wesentliche Akzente für Menschen setzen können, die seit Jahren ohne Teilhabe an Arbeit sind.

Im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Behinderten – bei behinderten Menschen ist die Arbeitslosigkeit höher als bei nicht behinderten – möchte ich darauf hinweisen, dass wir in der Landesregierung einen Kabinettsbeschluss gefasst haben: 5 % aller Einstellungen werden mit Behinderten vorgenommen. Das hat bislang noch keine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen gemacht. Wir gehen auch bei der Integration von Menschen mit Handicaps in unseren Arbeitsmarkt mit einem guten Beispiel voran.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben heute in dieser Debatte viel über die Beteiligung von Frauen an Führungspositionen in Ministerien geredet. Dazu sage ich nur, dass im MAGS jede zweite Referatsleiterin eine Frau ist. Im MAGS haben wir entschieden, eine sehr wichtige Abteilung, nämlich die Arbeitsabteilung, mit einer Frau zu besetzen, nachdem der Vorgänger in Rente gegangen ist.

Auch diese Frage ist also – das sollte man mir gar nicht zutrauen – bei uns in allerbesten Händen.

(Beifall von der CDU)

Wir fördern die Menschen nach ihren Qualifikationen. Ich glaube, wir haben in unserem Ministerium sehr viele Frauen, die fachlich genauso versiert sind wie viele Männer. Deswegen gestaltet sich das alles gut.

Zum Schluss dieser Debatte sollten wir auch noch sagen, dass wir uns nächstes Jahr, aber auch in den weiteren Jahren, mit einer großen Aufgabe beschäftigen müssen, die vor uns liegt. Wir werden uns im Arbeitsministerium erheblich mit der Frage auseinandersetzen müssen: Wie gestalten wir den Prozess der Digitalisierung? Das bezieht sich nicht allein auf die Technik, sondern vor allem auf einen anderen Aspekt: Wie werden die real existierenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Wirtschaft auf dem Weg der Digitalisierung durch die Arbeitgeber und durch die Unternehmensleitungen mitgenommen?

Da finden wir in Nordrhein-Westfalen sowohl mit der Arbeitgeber- als auch mit der Gewerkschaftsseite eine sehr gute Zusammenarbeit vor. Damit wird deutlich, dass Nordrhein-Westfalen auch unter meiner Führung im MAGS das Land der sozialen Partnerschaft bleibt. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch einmal Herr Kollege Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Minister! Die Fokussierung auf das Thema „Menschen mit Behinderung“ muss ich ausdrücklich loben – das ist eine sehr gute Ansage. Das ist nur leider in den anderen Reden nicht vorgekommen. Sie, Herr Minister, haben uns da ganz an Ihrer Seite.

Ich habe mich auch wegen einer Bemerkung des Kollegen Lenzen noch einmal gemeldet, die wirklich deutlich macht, was uns da unterscheidet. – Er hat gesagt: Wenn bei Bayer 12.000 Menschen entlassen werden, dürfen wir uns in die unternehmerische Entscheidung nicht einmischen, sondern wir müssen dafür sorgen, dass die Folgen abgemildert werden.

Nein, wir müssen um jeden Arbeitsplatz kämpfen! Bei General Electric war es so, dass wir uns sehr wohl in die Entscheidung eingemischt und mit der Unterstützung des Betriebsrats dafür gesorgt haben, dass eine andere Lösung auf den Tisch kam. Man kann politisch sehr wohl etwas tun, damit Industriearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben können. Das unterscheidet uns von Ihnen.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat es der Minister nicht immer ganz so leicht in dieser Koalition.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Wir hoffen, dass er sich mit dieser Position immer wieder durchsetzt. Ich halte es für grundfalsch, dass das Unternehmen entscheidet und der Staat und die Gesellschaft die Folgen tragen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zu Teil a) im Einzelplan 11.

Ich rufe auf:

b) Soziales

Ich eröffne die Aussprache. Erneut hat Herr Kollege Neumann für die SPD-Fraktion das Wort.

Josef Neumann (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich an das anknüpfen, was eben gesagt wurde. Ja, es ist ein Tag von Freud und Leid. Diejenigen, die auf dem sehr guten Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen einen Job haben, wären sehr froh, wenn sie von diesem Job auch leben könnten, ohne dass sie jeden Monat zu Zehntausenden zum Amt laufen müssen, weil sie Aufstockerinnen und Aufstocker sind, deren Verdienst nicht ausreicht, um davon zu leben. Auch das gehört zur Wahrheit dazu, wenn man über das Thema „Mehr Arbeitsplätze, die gerade geschaffen werden“ spricht.

(Beifall von der SPD)

Ich bin froh, Herr Minister, dass Sie vorhin das Thema „Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung“ angesprochen haben. Ich gehe davon aus, dass Sie uns in Kürze berichten werden, wie viele neue Stellen in Ihren Ministerien geschaffen werden, wenn 5 % der Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung vorgesehen sind. Das wird sicher spannend werden!

Viel wichtiger fände ich es noch im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung, dass das Land Nordrhein-Westfalen zum Beispiel beim Ausbau der Integrationsunternehmen nicht nur darauf setzt, dass die Integrationsämter eigene Gelder in die Hand nehmen; vielmehr wäre es sinnvoll, den Haushaltsansatz dafür so zu erhöhen,

dass die Zahl entsprechend steigen kann. Das vermisste ich.

Sie haben beim Thema „Menschen mit Behinderung“ noch einen Aspekt vergessen, der unter dem Stichwort „Soziales“ sehr wichtig ist, und zwar das, was Ihnen das Institut für Menschenrechte ins Stammbuch geschrieben hat: Die Bewusstseinsbildung für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und für die Inklusion in Nordrhein-Westfalen leidet massiv darunter, dass sie nicht stattfindet. Das ist der Grund, warum wir beantragt haben, zusätzliche Mittel bereitzustellen, um diese Bewusstseinsbildung zu schaffen.

Ein weiterer Aspekt: Nicht nur schön reden und auf einzelne Aspekte hinweisen, sondern diese auch in den entsprechenden Bereichen umsetzen. Das wäre sehr wichtig.

Lassen Sie mich noch einen zweiten wichtigen Punkt im Bereich „Soziales“ nennen: das ist die zunehmende Armut, insbesondere die Kinderarmut in diesem Land. Sie hätten in diesem Haushalt die Chance gehabt, mit dem Modell „Kindergrundsicherung“ ein deutliches Signal gegen Kinderarmut in diesem Land zu setzen.

Sie hätten die Chance gehabt, zu sagen: Ja, wir probieren aus, wie der Kampf gegen Kinderarmut aussehen kann. – Aber Pustelblume! Sie verbleiben bei dem, was Sie beim ESF haben; Sie machen große Ankündigungen und verteilen Schecks gegen Kinderarmut – leider ohne Erfolg. Das Niveau ist weiterhin relativ gering.

(Beifall von der SPD)

Das ist Ihre Sozialpolitik!

Wenn wir über die Armut und die Begrenzung dieser Armut sprechen, dann müssen wir auch eine passende Debatte führen: Was passiert eigentlich bei der Bekämpfung der Ausgrenzung in den Quartieren? Da haben Sie zugelassen, dass der Bereich „Ausbau der sozialen Quartiere“ aus Ihrem Ministerium herausfiel. Das ist jetzt in einem Ministerium angesiedelt, welches dafür nicht zuständig ist. Dort versucht man jetzt, mit eigenen Mitteln etwas aufzubauen, was vorher schon mal existiert hat.

Sozialpolitik fängt da an, wo diese Menschen wohnen. Dass Sie zugelassen haben, dass die Quartiersarbeit im Kampf gegen Armut und gegen Ausgrenzung nicht mehr im Sozialministerium angesiedelt ist, ist peinlich für dieses Land.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss einen Punkt im Zusammenhang mit Alter und Demografie ansprechen. Wenn sich im Land Nordrhein-Westfalen 10.000 Menschen in 200 Gruppen, die sich ZWAR nennen, in 70 Kommunen ehrenamtlich engagieren und bür-

gerschaftliches Engagement zeigen – 10.000 Personen – und dann angekündigt wird, dass das Land Nordrhein-Westfalen die Förderung für diese Gruppen einstellt, dann ist die Glaubwürdigkeit beim Thema „Pflege und Demografie“ sehr stark beschädigt.

(Beifall von der SPD)

Dann muss man nicht in jeder Rede erklären, wie wichtig das ist, und einen Ansatz von 600.000 Euro für 10.000 engagierte Menschen streichen und dann sagen: Na ja, weil eventuell eine Gruppe da oder dort nicht gegründet wurde ... Nein, ein großes Zeichen wäre es gewesen, den demografischen Wandel genau mit diesen Menschen, die sich engagieren, zu begleiten und auf den Weg zu bringen!

(Minister Karl-Josef Laumann: Oh, oh!)

Es ist schade, dass Sie beim Werkstattjahr an etwas Altes anknüpfen und es uns als neu verkaufen, während Sie bei ZWAR, das Sie mit geschaffen haben, diesen Weg leider nicht gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Oellers das Wort. Bitte schön.

Britta Oellers (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann jetzt erkennen, wie groß der Bereich „Soziales“ ist. Ich nehme auch noch andere Aspekte in den Blick.

Als NRW-Koalition sind wir im letzten Jahr angetreten, Dinge besser zu gestalten, als es die Vorgängerregierung getan hat. Dies gilt auch für den Sozialbereich.

Wir gehen das ungerechte Ausbildungssystem im Bereich der Gesundheitsberufe an. Perspektivisch hat die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Schulgelder in den nichtakademischen Gesundheitsberufen gänzlich abzuschaffen.

(Beifall von der CDU)

Kurzfristig wird die NRW-Koalition nun 70 % des zu zahlenden Schulgeldes für die angehenden Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden, PTA und andere Gesundheitsberufe übernehmen. Das sind zusätzlich 25 Millionen Euro jährlich, die wir dafür im Haushalt bereitstellen.

(Beifall von der CDU)

Mit dieser Maßnahme gehen wir weiter als bisher und schaffen damit eine moderne Weiterentwicklung dieses Berufsfeldes. Denn in einer alternden Gesell-

schaft brauchen wir vor allem eines: gut ausgebildetes Personal – nicht nur im Bereich der Gesundheitsberufe, sondern auch in der Altenpflege.

Deshalb geben wir zusätzlich 22,5 Millionen Euro in die Schulkostenpauschale zur Stärkung der Fachseminare für die Altenpflege und erhöhen die monatliche Pauschale pro Schülerin und Schüler von 280 Euro auf 380 Euro. Das ist ein überfälliges Signal für die Altenpflegeausbildung.

(Beifall von der CDU)

Wir stellen damit auch sicher, dass sich die Fachseminare auf die Reform der Pflegeberufe und die Zusammenführung der drei bisher getrennten Ausbildungen zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege ab 2020 zu einer gemeinsamen Ausbildung vorbereiten können.

Die NRW-Koalition behält darüber hinaus auch die Menschen im Blick, die Hilfe und Unterstützung benötigen. Deshalb leiten wir gezielt ESF-Mittel und Landesmittel in Form des Programms „Zusammen im Quartier – Kinder stärken, Zukunft sichern“ in Höhe von 8 Millionen Euro weiter zugunsten von Kindern und Jugendlichen, die besonders von Armut bedroht sind.

Hilfe sollte direkt bei den Betroffenen ankommen. Daher werden wir auch den Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ sowie das Aktionsprogramm „Hilfe in Wohnungsnotfällen“ mit jeweils 1 Million Euro fortführen.

Erwähnt werden soll auch, dass die Förderung der Wohlfahrtspflege auf dem bisherigen Niveau fortgeschrieben wird. Die Wohlfahrtsverbände sind wichtige Stützpfeiler unseres Sozialsystems und verdienen diese Wertschätzung für ihre Arbeit.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das musstet ihr auch erst erkennen!)

Für den Bereich der Inklusion möchte ich die Zahl 98 Millionen Euro stellvertretend für die vielen anderen Förderungen im Sinne einer inklusiven Gesellschaft herausgreifen. Diese Summe stellt das Land dem ÖPNV im Rahmen der Erstattung der Fahrgeldausfälle zur Verfügung, um die Mobilität von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist eine Pflichtaufgabe!)

Meine Damen und Herren, die NRW-Koalition hält auch sozialpolitisch, was sie versprochen hat. Wir schaffen neue Anreize, um die zukunftsweisenden Berufe zu qualifizieren und den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft entgegenzutreten. Wir sorgen weiterhin dafür, dass Unterstützung bei denen ankommt, die in unserer Gesellschaft auf Hilfe und Schutz angewiesen sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Oellers. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Oellers, die Fahrgeldmittel sind eine Pflichtaufgabe. Das hervorzuheben ist etwa so, als würden wir die Hartz-IV-Leistungen auch noch als besondere Leistung im Haushaltsplan herausstellen. Aber sei's drum. Das ist nicht der wichtigste Punkt, den ich ansprechen wollte.

Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, bei denen die Strukturen – Sie haben vorhin die Menschen mit Behinderung angesprochen – auch außerhalb des Haushalts in diesem Jahr massiv verschlechtert worden sind.

Das war bei der Verabschiedung der Landesbauordnung der Fall. Da hat sich diese Koalition dafür entschieden, dass man mehr bauen möchte – das ist ja auch in Ordnung –; aber man hat die Standards so gewählt, dass Menschen mit Behinderung ...

Wir hatten gestern noch eine Gruppe von der Lebenshilfe aus Essen bei uns zu Besuch, die sehr klar reklamiert hat: Sie suchen seit Jahren Wohnungen und bekommen sie schlicht nicht. Diese Bedingungen sind in Nordrhein-Westfalen noch einmal ohne Not verschlechtert worden. Das lehnen wir sehr klar ab, lieber Herr Minister und liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Parlament.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, zu dem der Kollege Neumann eben schon ausgeführt hat: das Alter. Beim Thema „Quartier“ geht es nicht nur darum, ob das bei Ihnen im Ministerium stattfindet oder nicht. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass das völlig aus dem Fokus geraten ist.

„Quartier“ heißt nicht, so ein bisschen daran herumpäppeln. Wir haben in diesem Jahr das Bundesteilhabegesetz verabschiedet. Das bietet die Möglichkeit, entweder individuelle oder auch gemeinschaftliche Leistungen anzubieten.

Vielleicht könnte ein guter Dezernent darauf kommen, dass es eine ganz schlechte Idee wäre, Assistenzleistungen für Einzelne zu verausgaben, die sehr teuer sind, die man möglicherweise mit einem ansprechenden ÖPNV und einer Mobilität für Menschen mit Behinderungen ganz anders darstellen könnte.

Diese lebensweltliche Sicht ist in Nordrhein-Westfalen zunehmend verloren gegangen. Das ist eine

echte Bedrohung für Menschen, die Mobilitätschwierigkeiten haben, und das finde ich sehr bedauerlich, Herr Minister.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen haben wir auch beantragt, für den Landesförderplan „Alter und Pflege“ 4 Millionen Euro zusätzlich bereitzustellen.

Eine besondere Posse in diesem Jahr war, dass Sie den Wohlfahrtsverbänden 2 Millionen Euro weggenommen haben. Dazu habe ich schon bei der letzten Beratung gesagt: Das bekommen die sowieso wieder, und so ist es auch gekommen. Die Koalitionsfraktionen konnten nicht anders: Die 2 Millionen Euro haben Sie sich gut erschlichen. Sei's drum.

Einen Punkt möchte ich noch klarstellen – der Kollege Klenner ist Gott sei Dank noch im Raum –: Als ich eben von General Electric sprach, meinte ich natürlich eine Gemeinschaftsleistung von Kollegen aus Mönchengladbach und dem Arbeitsministerium, die sich darum gekümmert haben.

Das macht deutlich, dass man auch überparteilich an solchen Themen arbeiten kann. Ich wollte das in keiner Weise für meine Fraktion reklamieren, sondern deutlich machen, dass es sich lohnt, mit Unternehmen zu sprechen, um Standorte zu kämpfen und dafür zu sorgen, dass es vielleicht – das hoffe ich zumindest – eine andere Zukunft gibt als die schlichte Schließung, die am Anfang im Raum stand.

(Beifall von den GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich noch einmal die Gesundheitsberufe ansprechen, wobei das auch im nächsten Teil thematisiert wird.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie sich anstrengen, die Schulgebühren abzuschaffen. Wenn das schrittweise geschehen muss, ist das auch in Ordnung. Ich hoffe nur, dass das jetzt ein wenig schneller geht. Die Frage ist, wie die Qualitätsstandards aussehen.

Ein Punkt hingegen hat sich eher noch verschärft, und das ist die Altenpflegeausbildung. Ich habe bei der letzten Plenarsitzung relativ massiv insistiert, dass man doch die 20 Millionen Euro, die noch fehlen, einsetzen müsse, um mit einer Erhöhung von 380 Euro auf 480 Euro eine relative Gleichstellung mit der Krankenpflegeschule zu erreichen.

Sie haben daraufhin gesagt, das Geld reiche einfach nicht, und ich habe Ihnen entgegnet, das sei eine einmalige Angelegenheit, um diese Angleichung hinzubekommen.

Jetzt stellen wir fest, dass die Koalitionsfraktionen es allen Ernstes nach dieser Lesung von vor zwei Wochen bis heute geschafft haben, rund 400 Millionen Euro aus einer Rücklage herauszunehmen, um

das zu finanzieren. Klassischer kann man das doch gar nicht anbieten.

Eine Übergangsfinanzierung aus der Rücklage ist natürlich alles andere als solide. Dass das Sozialministerium nicht zugegriffen und den Koalitionsfraktionen deutlich gemacht hat „Wir hängen ganze Teile der Altenpflegeausbildung ab, also nehmt das Geld, stellt sie gleich und sorgt dafür, dass die Generalistik in Nordrhein-Westfalen vernünftig ausgestattet ist“, finde ich außerordentlich bedauerlich.

Wir werden im nächsten Teil noch einiges zum Thema „Gesundheit“ sagen. Herr Minister, ich würde mich freuen, wenn wir im nächsten Jahr – dieses Jahr wird es nicht mehr funktionieren – beim Thema „Altenpflege“ ein ganzes Stück weitergingen und die Koalition sich wieder mit den Inhalten auseinandersetzen würde, damit das Quartier und die lebensweltliche Betrachtung in den Fokus geraten. Ich freue mich deshalb auf die Beratung im nächsten Jahr. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Lenzen das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! In einem Punkt gebe ich dem Kollegen Mostofizadeh recht, nämlich dass wir die Unternehmen im Gegensatz zu den Grünen nicht gleich verstaatlichen wollen und danach schreien, das müsse vom Staat geregelt werden.

(Beifall von der FDP)

Das ist ein klarer Unterschied.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Jetzt geht wieder das Gegröle aus der hinteren Reihe los. Das kennen wir.

(Beifall von der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Nein!)

Das sind immer sehr sachliche Beiträge.

Ich komme jetzt wieder auf den Einzelplan 11 und den Bereich „Soziales“ zu sprechen. Meine Vorredner Neumann und Oellers haben deutlich gemacht, dass Armut von Kindern und Jugendlichen die Sozialpolitik vor eine große Herausforderung stellt.

Man kann aber nicht einfach so tun, als würden wir in dieser Hinsicht keine eigenen Akzente setzen. Gerade mit dem neuen Landesprogramm „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“ setzen wir mit immerhin 8 Millionen Euro aus Landes- und EU-Mitteln durchaus ein klares Zeichen.

Dazu werden wir gleich sicher noch etwas von unserem Sozialminister hören.

Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien gerade in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen mit passgenauen Angeboten. Das machen wir auch im Bereich der Kitas und Schulen und in der Sozialarbeit, insbesondere was Ernährung, Gesundheit, Bewegung und Bildung angeht.

Jeder, der die Haushaltsberatungen gestern und heute verfolgt hat, hat mitbekommen, dass wir Freien Demokraten, aber auch die NRW-Koalition, unter Sozialpolitik ein bisschen mehr verstehen, als dass der Staat eingreifen muss.

Es geht vielmehr zum Beispiel darum – dazu hat der Kollege Hafke bereits ausgeführt –, wie wir mit den Kitas umgehen. Die Kollegin Müller-Rech hat es im Bereich Schule und Bildung deutlich gemacht, und wir werden es im Anschluss auch bei der Kollegin Schneider hören.

Wir verfolgen bei der Sozialpolitik einen ganzheitlichen Ansatz. Das mag Ihnen nicht passen, denn Sie haben die Scheuklappen auf und betrachten nur einen Ausschnitt, aber das muss nicht unser Problem sein.

(Beifall von der FDP)

Das zeigt, dass die NRW-Koalition die Probleme konkret und ohne ideologische Scheuklappen anpackt. Das ist ein entscheidender Unterschied. Wir helfen mit gezielten Maßnahmen.

Gerade bei der Bekämpfung der Kinderarmut ist es interessant, zu erklären, dass nicht nur die Schulsozialarbeit – befristet bis 2018 – eine wichtige Rolle spielt. Wer hat sie abgesichert? Wer musste erst die Regierung übernehmen? – CDU und FDP haben die Schulsozialarbeit in den Kommunen jetzt bis 2022 abgesichert.

Ein zweiter wichtiger Aspekt – das haben wir hier auch schon einmal diskutiert; dabei geht es nicht um Lippenbekenntnisse, sondern um konkretes Handeln – ist die Obdachlosigkeit. Wir wissen: Das wird ein zunehmendes Problem.

(Sarah Philipp [SPD]: Wenigstens das!)

Im Jahr 2017 waren 32.000 Personen als wohnungslos gemeldet. Eine besondere Gruppe sind wohnungslose Frauen. Wir werden entsprechende Akzente im Haushalt setzen, um die Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. In der dritten Lesung werden wir noch einiges dazu erörtern.

Wir sind bereits in guten Gesprächen und prüfen, welche weiteren finanziellen Möglichkeiten genutzt werden können. Die NRW-Koalition wird auch dieses Thema im Sinne einer verantwortungsvollen und zielgerichteten Sozialpolitik aufgreifen.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen – der Kollege Mostofizadeh hat es als Posse dargestellt –, den Sie vielleicht nicht gerne hören mögen. Lassen Sie uns einmal einen Blick auf die letzte Debatte werfen und darauf, wer hat schon alles bei der Globaldotation der Freien Wohlfahrtspflege gekürzt oder eine Kürzung zurückgenommen hat.

Ich glaube, gerade Rot-Grün kann nicht behaupten, Sie hätten in dieser Hinsicht nie etwas getan. Zumindest hat der Sozialminister einen konkreten Ansatz genannt. Trotzdem haben wir als NRW-Koalition gesagt: Das bekommen wir auch so hin.

Dann haben wir entsprechend reagiert und an der Stelle angesetzt, da wir es als wichtigen Stützpfeiler in unserem Sozialsystem sehen: Wir haben diese Kürzung zurückgenommen.

Sie haben dieses Jahr eine Sache nicht erneuert. Zu Beginn letzten Jahres haben Sie immer von der „Koalition der sozialen Kälte“ gesprochen. Entweder ist es hier im Plenarsaal wärmer geworden oder Sie haben erkannt, dass Ihr Vorwurf völlig ins Leere lief.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch hier hat die NRW-Koalition wieder Sozialpolitik mit Augenmaß betrieben.

(Ralf Witzel [FDP]: Da ist der Klimawandel! – Weitere Zurufe)

– Das könnte auch sein, Herr Kollege Witzel. – Bei der ganzen Debatte ist es wichtig, unser Ziel, ein gutes Ergebnis zu erreichen, zu beachten. Das haben wir getan.

Wir haben es auf das bisherige Niveau zurückgenommen und zeigen damit die entsprechende Wertschätzung. Denn wir wissen, dass sich die Wohlfahrtsverbände bei der Bekämpfung von Armut, bei frühkindlicher Bildung, bei der Pflege oder auch bei der Integration von geflüchteten Menschen engagieren. Deswegen ist es wichtig, dort Akzente zu setzen. Das haben wir mit diesem Einzelplan „Soziales“ getan.

Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen. Natürlich werden wir dem so zustimmen. Dann schauen wir doch einmal, ob vielleicht von Ihrer Seite noch neue Akzente kommen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Dr. Vincentz das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein kleiner

Fun Fact vorweg: In meiner Heimatstadt – das ist interessanterweise auch die Heimatstadt von Frau Oellers – wird aktuell jedes zweite Kind in eine von Armut bedrohte Familie geboren.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein Fun Fact?)

Dort gibt es einen SPD-Bürgermeister. Diese Kinder sind dort auch schon in Armut geboren worden, bevor Schwarz-Gelb die Regierung übernommen hat und somit noch eine rot-grüne Regierung an der Macht war.

Kinderarmut ist in der Tat eine der Kernaufgaben des Staates – daran muss man ab und an erinnern –, denn das beste Sozialsystem ist das Sozialsystem, das wir auf Dauer auch bezahlen können.

(Beifall von der AfD)

So ist es fast schon ein zeitgeistiger Fluch, dass dieser Etatismus, den wir immer wieder erleben, geradezu um sich greift, und zwar leider – muss man sagen – bis in die Tiefen der CDU und der FPD, wenn man es sich zu eigen macht, indem man sagt: Der Staat muss über so vieles bestimmen.

Ja, Kinderarmut ist ein Thema, bei dem der Staat etwas unternehmen muss. Aber bei vielen anderen Dingen und sozialen Goodies müssen wir uns fragen: Was ist denn Aufgabe des Staates? Denn natürlich kommt es zu Fixkosten, wenn man einmal mit sozialen Ausgaben beginnt. Wer streicht an dieser Stelle schon gerne etwas weg?

Ich finde es sehr interessant, dass Herr Mostofizadeh hier behauptet, der Staat müsse eingreifen, wenn privatwirtschaftliche Firmen Pleite gehen. Ich würde gerne einmal die Arbeitsplätze bei der Kohle so von Ihnen verteidigt sehen. Das wäre dann interessant und logisch konsistent.

(Zuruf von der SPD – Norwich Rüße [GRÜNE]: Sie haben gar nicht zugehört! – Gegenruf von Helmut Seifen [AfD]: Dr. Vincentz hört immer zu! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Das ist nicht falsch gewesen.

Was sind denn die Gründe, warum Arbeitslöhne nicht zum Leben reichen? Was sind die Gründe, warum die Rente nicht reicht, um davon zu leben? Die Rente wird heute hoch besteuert. Bei der Arbeit gibt es hohe Lohnnebenkosten. Bei diesem Punkt muss man ansetzen.

Der Staat nimmt und verteilt immer in der Überzeugung, er wisse es besser als die Bürger selbst. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Das Geld ist dort am besten aufgehoben, wo es erwirtschaftet wird, nämlich bei den Bürgern selbst. Denn die wissen in den meisten Fällen selber, wie sie es verteilen, was sie sich davon kaufen und was sie damit machen. Das muss nicht der Staat übernehmen.

Er muss es ihnen nicht erst tatsächlich wegnehmen, um es dann an andere Stellen umzuverteilen, von denen der Staat in seinem vollen Glanz denkt, dass es dort am besten aufgehoben ist. Das weiß der Bürger im Idealfall selbst.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort. Bitte sehr.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wichtigste an einem Sozialministerium ist, dass es grundsätzlich so aufgestellt sein muss, dass es gegen Armut und soziale Ausgrenzung ankämpft. Ich glaube, das tun wir mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.

Wir haben das Programm „Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern“ entwickelt, für das wir jedes Jahr 8 Millionen Euro einsetzen. Zurzeit liegen uns hierzu 120 Förderanträge vor.

Wir unterstützen damit Initiativen aus den Quartieren, die sich in ihren vielfältigen Projekten um ausgegrenzte Kinder kümmern. Das ist, glaube ich, eine sehr zielgenaue Geschichte, um in diesem Bereich Schwerpunkte zu setzen.

Ein weiterer Punkt: Ich als Sozialminister muss dafür sorgen, dass die Kinder ihre Rechte im Regelsystem bekommen. In Nordrhein-Westfalen – im Übrigen auch in anderen Bundesländern – haben wir die Situation, dass nur jedes zweite Kind, das Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets – des BuT – hat, diese Ansprüche realisiert.

Da haben wir ein Problem. Da liegt das Geld des Bundes für ausgegrenzte Kinder auf der Straße und wird nicht abgerufen. Besonders schmerzt, dass in dem BuT auch erhebliche Mittel für Nachhilfeunterricht enthalten sind und selbst diese Leistungen nicht an die Kinder gehen, die es dringend notwendig haben. Denn diese Kinder bekommen von zu Hause nicht die Unterstützung, die viele andere Kinder erhalten. Warum das so ist, möchte ich jetzt gar nicht bewerten.

Deswegen wird mein Haus die Schulsozialarbeit in den nächsten Jahren nicht ganz so laufen lassen können, wie sie heute ist. Wir müssen die Schulsozialarbeit mehr animieren, sich darum zu kümmern, dass die Kinder, die Sozialhilfe empfangen, die Leistungen des BuT erhalten.

Gleichzeitig muss das BuT entbürokratisiert werden, damit es nicht so aufwendig bleibt, wie es jetzt ist. Die Vorschläge des Arbeitsministers Heil in Berlin gehen

zwar in die richtige Richtung, aber aus meiner Sicht längst nicht weit genug.

Da haben sich immer wieder Beamte durchgesetzt, die anscheinend keine große Freizügigkeit in diesem Bereich wollen. Nehmen Sie bitte etwas Einfluss auf Ihren Arbeitsminister, damit die Dinge einfacher werden und die Förderung bei den Kindern ankommt.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte ein weiteres Thema ansprechen. Wir werden in diesem Jahr einen weiteren Schwerpunkt setzen – das habe ich schon in einer Fragestunde beantwortet, möchte es aber noch einmal sagen –: Wir müssen uns ganz intensiv um das Thema „Wohnungslosigkeit“ kümmern.

Wir müssen Wohnungen haben. Wir müssen aber auch Begleitung haben, damit man diese Menschen überhaupt einem Vermieter zumuten kann. Da gibt es auch bei Wohnungsbaugenossenschaften durchaus Zurückhaltung, denen man eigentlich nicht vorwerfen kann, dass sie etwas gegen diese Leute haben, aber die haben auch ihre Erfahrungen gesammelt.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu den Kürzungen bei den Wohlfahrtsverbänden sagen. Ich habe es gemacht, weil ich unbedingt die 100 Euro bei den Altenpflegeschulen erreichen wollte.

Jeder weiß, dass die meisten Menschen, die in der Altenpflegeschule ausgebildet werden, anschließend bei den Wohlfahrtsverbänden arbeiten. Deswegen fand ich es gar nicht so schlecht, was ich mir da überlegt habe.

Aber mir war auch klar, dass es eine Debatte dazu gibt. Jetzt sind die 2 Millionen Euro wieder drauf. Das heißt, die Wohlfahrtsverbände bekommen ihr Geld, und ich habe trotzdem mein Geld für die Altenpflegeausbildung. So schlecht ist die Sache für mich nicht ausgegangen.

(Beifall von der CDU)

Man kann das auch Bauernschläue nennen. Ich habe das in etwa auch so vorauskommen sehen. Deswegen ist am Ende auch in dieser Frage alles gut. Wir haben das Geld für die Altenpflegeschulen und gleichzeitig das Geld für die Wohlfahrtsverbände. So etwas könnte man auch mal „ein äußerst geschickter Minister“ nennen, aber das kommt Ihnen ja in diesen Fragen nicht über die Lippen.

(Beifall von der CDU)

Lieber Kollege Josef Neumann, ich will, weil das ein wichtiger Punkt in deiner Rede war, etwas dazu sagen, dass ein Referat, das auch bei uns sein könnte – das gebe ich zu –, jetzt im Heimatministerium ist.

Dass gerade ein Mann wie du das kritisiert, wo es doch Bestandteil eurer Politik war, dafür zu sorgen,

dass es in Nordrhein-Westfalen kein großes Sozialministerium mehr gab, ist bemerkenswert. Es war doch eure Politik, das MAGS und damit das Flaggschiff für Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen zu zerschlagen.

Ich finde, wenn man das gemacht hat, dann sollte man sich hier nicht darüber aufregen, dass ein Referat vielleicht auch bei mir hätte sein können, was aber bei der Kollegin Scharrenbach ebenfalls in besten Händen ist. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am lebhaften Schluss der Aussprache zum Teilbereich b) Soziales.

Wir kommen damit zu

c) Gesundheit

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Yüksel das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Serdar Yüksel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Minister, will ich zurückweisen, dass wir das Sozialministerium zerschlagen hätten. Guntram Schneider und Rainer Schmeltzer waren engagierte Sozialpolitiker.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ja, ja, ja!)

Sie sollten also nicht zur Legendenbildung beitragen; das will ich so nicht stehenlassen.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zum Bereich Gesundheit. Ich habe mal die Konrad-Adenauer-Stiftung bemüht, die 2016 eine repräsentative Studie unter 2.122 Befragten zum Thema „Sozialer Aufstieg in Deutschland“ durchgeführt hat. Die Studienteilnehmer wurden gefragt, wie wichtig ihnen bestimmte Lebensbereiche sind.

Was, glauben Sie, ist dabei auf Platz eins gelandet? – Es ist weder Erfolg auf der Arbeit oder Einkommen, noch die zur Verfügung stehende freie Zeit. Ganz im Gegenteil sind diese Punkte ziemlich weit unten im Ranking gelandet.

Noch vor Familienleben, Partnerschaft und Bildung ist mit großem Abstand der Punkt „Gesundheit“ gelandet. 87 % der Befragten haben angegeben, dass ihnen ihre Gesundheit außerordentlich wichtig ist und sie dieses Thema besonders ernst nehmen.

Die Studie offenbart jedoch nicht nur die Bedeutung der Gesundheit für den Menschen, sondern noch einen weiteren Punkt, der uns zu denken geben sollte. Die Befragten wurden nämlich außerdem gefragt, wie zufrieden sie mit ihrer Gesundheit sind. Hier gaben lediglich 29 % der Befragten an, dass sie sehr zufrieden sind.

In der Studie wird aus diesen Umfragewerten geschlussfolgert, dass die Gesundheit der Lebensbereich mit der größten Diskrepanz zwischen Wichtigkeit und Zufriedenheit darstellt.

Was bedeutet das Ganze für uns als Politiker? – Wir müssen den Bereich der Gesundheit besonders ernst nehmen, da die Menschen besonders diesen Lebensbereich hervorheben, wenn es um die Frage nach einem guten und glücklichen Leben geht.

Auf der anderen Seite müssen wir an dieser Stelle noch viel mehr investieren und initiieren. Wir müssen mehr Angebote und mehr Strukturen schaffen, damit die Menschen in diesem Bereich zufriedener werden.

Doch anstatt Schritte nach vorne zu machen, zeugt der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr im Bereich Gesundheit nur von Schritten in die falsche Richtung oder von Schritten, die so klein sind, dass man leicht über seine eigenen Füße stolpern könnte.

Ich möchte das an einigen Beispielen verdeutlichen. Nach wie vor hat Schwarz-Gelb kein zukunftsfähiges Konzept für die Krankenhäuser in diesem Land auf die Beine gestellt, obwohl Sie es zuvor im Wahlkampf versprochen haben. Die im Haushalt veranschlagten 721 Millionen Euro sind nur Trippelschritte in Anbetracht des steigenden Investitionsstaus bei den Krankenhäusern. Jedes Jahr – das wissen Sie auch – beträgt die Förderlücke rund 1 Milliarde Euro.

(Beifall von der SPD)

Ihr Haushaltsansatz ist und bleibt nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit dem Haushalt für 2019 verwalten Sie dieses Problem weiter, aber ein Gestalten ist das wahrlich nicht, Herr Minister. Vielmehr lassen Sie die Krankenhäuser mit dem Investitionsstau allein auf weiter Flur.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wo kommt denn der her? – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Da kannst du noch weiter zurückblicken!)

Wir haben schon im Wahlkampf ein Investitionsmodell nach dem Vorbild „Gute Schule 2020“ gefordert, was das Problem wirklich anpacken würde. Wieso Sie, statt sich dieser Idee anzunehmen, bei Ihren Trippelschritten bleiben, verstehen wir nicht. Unsere Änderungsanträge geben Ihnen die Gelegenheit, hier noch einmal nachzudenken.

Ihre kleinen Schritte zeigen sich jedoch nicht nur bei den großen, sondern auch bei den vermeintlich kleinen Summen. Rund 250.000 Euro wollen Sie in den

Bereich der Aids-Prävention einbringen. Dabei haben wir uns ausführlich im Ausschuss mit dem Thema auseinandergesetzt und auch Experten zu Anhörungen eingeladen, die sich alle einig waren, dass im Bereich der sexuell übertragbaren Infektionen grundsätzlich etwas passieren muss.

Dabei darf der Fokus nicht nur allein auf HIV und Aids liegen, sondern muss Chlamydien, Syphilis, HPV und andere Infektionen mit in den Blick nehmen, die sich in den letzten Jahren dramatisch auf dem Vormarsch befinden.

Ihr Antrag zur Vergabe des Aids-Selbsttests, zu dem ich morgen rede, zeigt für mich, dass Sie gerade in diesem Punkt trotz der Anhörung den Ernst der Lage überhaupt nicht erkannt haben.

Alle Experten haben sich positiv zum innovativen Ansatz des Zentrums für sexuelle Gesundheit in Bochum geäußert. Sie haben sich auch ein Bild vor Ort machen können. Trotzdem sieht es so aus, dass das Zentrum aufgrund der finanziellen Situation in den nächsten zwei Jahren vor dem Aus steht.

Ich könnte Ihnen noch weitere Beispiele nennen, bei denen Sie minimalistisch vorgehen und am Ende die Bereiche eher kontrolliert gegen die Wand fahren lassen als ein zukunftsfähiges Konzept zu realisieren. Sei es bei der Finanzierung der Notfallsanitäter-Ausbildung oder beim Nichtraucherschutz oder bei der Landarztversorgung: In all diesen Bereichen lassen Sie die Kommunen im Stich.

(Beifall von der SPD)

Hierzu gäbe es noch viel mehr zu sagen. Aber meine Zeit reicht nicht aus, um hier noch weitere Beispiele zu nennen. Aus unserer Sicht steht der Haushalt 2019 im Bereich Gesundheit somit unter dem Motto: Der Berg kreite und gebar nicht mal ein Mäuschen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Yüksel, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Ich weiß allerdings nicht genau, von wem. – Auf dem Platz von Herrn Röckemann sitzt im Augenblick Herr Dr. Vincentz. Bitte schön.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Entschuldigen Sie die Konfusion. An diesem Platz steht immer noch das Schildchen „Dr. Vincentz“. – Meine Zwischenfrage lautet: Sie haben gerade sehr gut die Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten thematisiert. Ich erinnere mich daran, dass wir im Ausschuss einen Antrag der AfD-Fraktion dazu besprochen haben. Dort haben Sie auch sehr an meiner Seite argumentiert. Sie haben ihn dann im Nachgang – trotz all dieser

Dinge, die Sie auch jetzt wieder richtig ausgeführt haben – abgelehnt. Wäre da nicht zumindest eine Enthaltung drin gewesen?

Serdar Yüksel (SPD): Da kann ich nur sagen: Willkommen im Klub! Denn wir haben dieses Thema einige Monate vorher mithilfe eines Berichtswunschs in den Ausschuss aufnehmen lassen. Dann haben wir eine große Anhörung dazu durchgeführt. Deshalb bedurfte es Ihres Antrages gar nicht, weil wir mit unserer Initiative eine ausreichende Grundlage hatten, um die Dinge selbst zu entscheiden.

(Beifall von der SPD)

„Willkommen im Klub“, kann man da nur sagen. – Gab es noch etwas?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich frage jetzt einfach einmal nach. Denn uns erreichte auch noch der Wunsch nach einer Kurzintervention.

(Dr. Martin Vincentz [AfD] schüttelt den Kopf.)

– Das ist damit hinfällig. Wunderbar. – Dann war es das, lieber Kollege Yüksel. Vielen Dank.

Serdar Yüksel (SPD): Danke sehr.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Nun hat als nächster Redner für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Preuß das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bin einigermaßen sprachlos über das, was der Kollege Yüksel hier gesagt hat. Ich bin fassungslos,

(Angela Lück [SPD]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

dass er sagt, wir, die NRW-Koalition, ließen die Krankenhäuser im Regen stehen. Aufgrund des Haushalts, den wir hier zu beraten haben, bekommen die Krankenhäuser so viel Geld wie noch nie zuvor.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zu Ihrer Zeit ist zum Beispiel die Baupauschale immer gleich geblieben. Es gab keine zusätzlichen Förderungen, sondern sie blieb immer gleich. Das hat letztlich zu einem nicht unerheblichen Investitionsstau an den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern geführt. Wir leisten nun einen Beitrag, diesen Investitionsstau ein Stück weit abzubauen.

Sie haben lange Ausführungen ganz allgemein zum Thema „Gesundheit“ gemacht, Herr Yüksel. Das kann man auch einfacher ausdrücken. Sie kennen das: Wenn man Geburtstag hat, werden einem die

besten Grüße übermittelt: „Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag“, „Alles Gute“, „Gottes Segen“, meistens verbunden mit „und vor allem Gesundheit“. Das ist eben nicht nur eine Floskel, sondern bringt zum Ausdruck, was die Menschen in diesem Land tatsächlich bewegt. Deshalb ist die Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen für uns ein besonderer Schwerpunkt.

Der vorliegende Haushalt 2019 ist geprägt von deutlichen Schwerpunkten und neuen und größeren Gestaltungsmöglichkeiten in all den Bereichen, die hier auch schon beim Einzelplan 11 genannt worden sind. Dazu gehören auch die Pflege und die Gesundheit. Der Einzelplan hat ein Gesamtvolumen von 6,3 Milliarden Euro. Das sind 251,6 Millionen Euro mehr, als im Vorjahr zur Verfügung gestanden haben.

Ein wichtiger Schwerpunkt in der Gesundheitspolitik ist die Finanzierung der Krankenhäuser. Hier sieht der Haushaltsplan eine Erhöhung um rund 101,5 Millionen Euro vor. Somit stehen im kommenden Jahr insgesamt rund 721 Millionen Euro zur Verfügung. Damit stellt die NRW-Koalition die Krankenhausfinanzierung auf eine verlässliche Grundlage.

(Angela Lück [SPD]: Das ist doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein!)

Das sind wichtige Investitionen. Damit nehmen wir hier wichtige Förderungen vor. Denn es geht auch um Arbeitsplätze. Der Gesundheitsbereich ist ein Wirtschaftsfaktor, der unbedingt gefördert werden muss, ein Arbeitsplatzmotor.

Meine Damen und Herren, die Sicherung der medizinischen Versorgung durch die Krankenhäuser wird ohne strukturelle Veränderungen nicht zu erreichen sein. Die bestmögliche medizinische Versorgung in sicheren und transparenten Versorgungsstrukturen bei bestmöglicher Qualität und hoher Spezialisierung ist für die NRW-Kollektion ein Herzensanliegen.

Alle Menschen in unserem Land haben das Recht auf eine zukunftssichere und gute medizinische Versorgung durch unsere Krankenhäuser, aber auch durch Haus- und Fachärzte – insbesondere in unterversorgten Gebieten.

Letzteres ist nicht nur eine Frage des Haushalts bzw. der Finanzierung. Viele grundlegende Maßnahmen hat die NRW-Koalition dahin gehend auf den Weg gebracht. Ich nenne in diesem Kontext das Landärztegesetz und den Krankenhausplan, der noch in Bearbeitung ist, die Schaffung zusätzlicher Studienplätze und vieles mehr. Wir holen damit das nach, was in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber es sind nicht nur die finanzintensiven Themen, die diesen Haushalt bestimmen. Die Gestaltungsspielräume geben uns die Möglichkeit, durch einzelne Initiativen wichtige gesundheitspolitische Impulse zu setzen, zum Beispiel im Bereich der Prävention. Ich denke hier an die Initiative von Frau Kollegin Schneider zur Verbesserung der Situation der an Diabetes erkrankten Kinder.

Ich denke an die Finanzierung von Präventionsmaßnahmen zum Gesundheitsschutz der Kinder und Jugendlichen sowie zum Schutz der Kinder vor Passivrauchen im Auto und Maßnahmen zur Aidsprävention oder an den betrieblichen Gesundheitsschutz – alles Maßnahmen, die mit entsprechenden finanziellen Mitteln hinterlegt sind.

Präventionsprogramme und Aufklärungskampagnen sind wesentliche Bestandteile der Gesundheitspolitik von Christdemokraten und Freien Demokraten.

(Beifall von der CDU)

Sie sehen: Der Landeshaushalt ist so gestaltet, dass die eingesetzten Mittel sinnvoll und nachhaltig dort, wo sie gebraucht werden, bei den Menschen, ankommen.

Der NRW-Koalition ist es wichtig, genau hinzuschauen, wo gehandelt werden muss, wo bestehende Maßnahmen und Programme funktionieren und wo nicht, um dann entsprechend nachzusteuern zu können.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Mit dem Landeshaushalt 2019 bleiben wir unserem Ziel, die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu sichern und zu verbessern, treu.

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Preuß. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Mostofizadeh das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin. – Zur Sicherheit habe ich einmal den Haushaltsplan mitgebracht, damit ich dort nachschauen kann, falls ich nach den Reden ein bisschen durcheinanderkomme; denn hier liegen offensichtlich unterschiedliche Pläne vor.

Herr Kollege Preuß, in der Tat ist festzustellen, dass im Bereich der Krankenhausfinanzierung etwas passiert. Das ist überhaupt keine Frage. Allerdings muss man auch klar sagen, dass noch etwas anderes angekündigt war. Zu Beginn der Legislaturperiode hatte der Minister nämlich 1 Milliarde Euro zusätzliches Landesgeld angekündigt.

(Angela Lück [SPD]: Genau!)

Das sehe ich im Haushalt nicht.

Dort zu finden ist Folgendes: In den Nachtragshaushalt 2017 wurde ein sehr beachtlicher zusätzlicher Betrag hineineingepackt, an dem die Kommunen mit 40 % beteiligt waren. Es gab eine Trickserei mit dem Übertragen vom einen ins andere Jahr, was dazu geführt hat, dass im laufenden Haushaltsjahr 2018 der Betrag sogar unter dem liegt, was 2016 unter Rot-Grün ausgegeben worden ist; denn die Kommunen müssen ihren Anteil noch bezahlen, Herr Kollege Preuß.

Jetzt – da wären wir schon mit dem Klammerbeutel gepudert; das werden Sie uns hoffentlich nicht unterstellen – wird zu dem Geld, das der Bund im Strukturfonds bereitstellt, die Landesförderung eins zu eins dazugegeben. Diese Kofinanzierung hätte wohl – ich will die da

(Der Redner deutet in Richtung der Fraktion der AfD.)

jetzt nicht einbeziehen – jede Regierung dieses Landes bereitgestellt.

Das ist das, was im Landeshaushalt für die Krankenhausfinanzierung bereitsteht. Das ist viel Geld und auch viel mehr Geld als vorher, aber keine besondere Leistung dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Karl-Josef Laumann: Das ist aber ein Witz! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Was ist es denn dann? – Gegenruf von der SPD: Pflicht!)

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt eingehen, bei dem der Kollege Lenzen meiner Meinung nach weit über das Ziel hinausgeschossen ist.

(Gordan Dudas [SPD]: Man freut sich heutzutage schon über Mittelmaß! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Schon mal in den Spiegel geguckt?)

Sie mussten offensichtlich reagieren, weil ich deutlich gemacht hatte, wo die Trennlinien zwischen CDU und FDP liegen, und haben uns dann vorgeworfen, wir wollten Betriebe verstaatlichen.

Herr Kollege Lenzen, in Mönchengladbach haben sich der Arbeitsminister, der Kollege Klenner und wahrscheinlich noch viele andere mit dem Betriebsrat und der Unternehmensführung zusammengesetzt und gesagt: Denkt doch noch einmal über andere Dinge nach.

Das hat nichts mit Verstaatlichung zu tun, sondern damit, dass man für den Standort und die Menschen wirbt. Herr Kollege Lenzen, wenn das in Ihrem Weltbild Verstaatlichung ist, dann sind der Minister, der Kollege Klenner und meinerseits auch ich Marxist; das bin ich dann auch sehr gerne. Allerdings hat das mit der realen Politik relativ wenig zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich nur noch wenige Punkte ansprechen, obwohl uns inhaltlich eine Menge trennt.

In den Haushaltsberatungen im AGS haben wir eine Menge Anträge gestellt, die natürlich alle abgelehnt worden sind. Die Schulpauschale bei der Altenpflege und den Gesundheitsberufen, den Aktionsplan Hygiene und den Landespsychiatrieplan habe ich angesprochen.

Zur Wohnungslosigkeit möchte ich aber noch etwas sagen. Schon vor der Sommerpause haben wir einen umfassenden Antrag zum Thema „Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit“ vorgelegt. Er wird Anfang 2019 beraten.

(Susanne Schneider [FDP]: Wir reden zum Thema „Gesundheit“!)

– Frau Kollegin, Sie können gleich fünf Minuten reden. Das ist doch kein Problem. – Weil das im Haushalt steht, komme ich hier auf das Thema „Housing First“ sowie auf von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit betroffene Frauen zu sprechen.

Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen sofort Obdach bekommen und nicht erst lange Programme durchlaufen müssen. Sie sollen keine Bedingungen erfüllen müssen. Vielmehr soll das Land dafür sorgen, dass dort sofort gehandelt wird. Deswegen haben wir dafür zusätzliche Mittel beantragt. Ein gutes Programm weiter ausbauen und mit mehr Substanz und Kompetenz ausstatten – das ist unser Anliegen. Ich würde mich freuen, wenn wir diesbezüglich einen Schritt weiter kämen.

Letzter Punkt: Herr Minister, das Thema „Shisha-Bars“ hat fast schon Kapriolen geschlagen. Herr Kollege Yüksel hat im Ausschuss im April dieses Jahres einen Bericht dazu beantragt. Sieben Monate später stellen CDU und FDP fest, dass es in Shisha-Bars Gesundheitsgefahren gibt.

Tatsächlich ging es Ihnen aber nicht um die Gesundheitsgefahren, sondern um die Bekämpfung von Clan-Kriminalität. Mir wurde vorgeworfen, dass ich in der Debatte auf die Gesundheitsgefahren eingegangen bin, die im Antrag drinstanden. Das ist schon eine komische Vorgehensweise der Koalitionsfraktionen.

Zwei Dinge kann ich Ihnen dazu aber sagen.

Erstens. Nehmen Sie die Gesundheitsgefahren in den Shisha-Bars verdammt ernst! Dort werden mehr junge Menschen massiv geschädigt, als man es sich vorstellen kann. Im AGS werden wir das noch einmal besprechen.

Zweitens. Glauben Sie allen Ernstes, dass die Clan-Kriminalität aufhört, wenn Sie die Shisha-Bars schließen? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

Wenn es Ihnen ernst wäre, würden Sie sich vernünftig mit dem Thema auseinandersetzen und es nicht für parteipolitische Zwecke nutzen. Sie würden die beiden Aspekte sauber voneinander trennen. Dann wären wir ein Stück weiter. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Abgeordnete Schneider das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß nicht, was auf der Tagesordnung meines Vorredners steht. Bei mir steht das Thema „Gesundheit“ darauf. Deswegen spreche ich jetzt auch genau dazu.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Die NRW-Koalition aus Christdemokraten und FDP steht für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Menschen in unserem Land und in allen Teilen unseres Landes.

Zur Förderung der Krankenhausinvestitionen hat Kollege Preuß bereits treffende Ausführungen vorgetragen. Dies ist ein Bereich, in dem wir große Summen bewegen, um die Versorgungsstruktur in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Auch in Fragen von Prävention und Aufklärung können wir wichtige Impulse setzen, ohne gleich mehrere Millionen Euro einzusetzen. Mir liegt besonders am Herzen, dass die Menschen in unserem Land besser über gesundheitliche Risiken informiert sind, mehr über Vorsorge wissen und dies auch umsetzen können, damit sie besser mit Erkrankungen und insbesondere auch mit Notfällen umgehen können. Hier haben wir eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht.

Eine chronische Erkrankung wie Diabetes bedeutet für betroffene Kinder und Jugendliche eine Belastung, die sich auf ihr gesamtes Leben auswirkt. So kommt es vor, dass Kinder in der Schule nicht am Sportunterricht teilnehmen dürfen, dass sie nicht mit auf Klassenfahrt fahren dürfen, dass ein Mitschüler fragt, warum das Kind im Unterricht essen dürfe und

er selber nicht, oder dass der Lehrer sich erkundigt, ob das Kind wirklich jetzt seinen Blutzucker messen müsse und ob das nicht bis zur Pause Zeit habe.

Solche Benachteiligungen wollen wir nicht. Denn dabei handelt es sich letztendlich nur um Informationsdefizite, die schon mit einer einzigen Schulung behoben werden könnten.

Der Landtag hat bereits 2015 auf Initiative meiner FDP-Landtagsfraktion einen einstimmigen Beschluss gefasst, mit dem die Unterstützung entsprechender Schulungen gefordert wurde. Die frühere rot-grüne Landesregierung ist bei der Umsetzung leider nicht weit gekommen. Immer wieder wurde nur auf Informationsangebote oder freiwillige Fortbildungsangebote verwiesen. Es wurden aber keine Mittel für gezielte Schulungen zur Verfügung gestellt.

Die NRW-Koalition handelt nun. Mit unserem Antrag zum Haushalt stellen wir 150.000 Euro ein. Damit können wir ein bedarfsgerechtes Angebot für eine qualifizierte und umfassende Schulung und Information aufbauen. Das pädagogische Personal, aber auch Eltern und Mitschüler können so über Erkrankungen und den Umgang mit ihnen informiert werden. Das hilft den Kindern, ihren Familien und den Schulen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat sich in den letzten Monaten intensiv mit HIV und sexuell übertragbaren Infektionen auseinandergesetzt. Wir brauchen gezielte Prävention und frühzeitige Kenntnisse über eine Infektion. Über die Tests werden wir am morgigen Plenartag noch sprechen.

Zur Stärkung der zielgruppenspezifischen Prävention hat die NRW-Koalition bereits im Haushaltsplanentwurf die Mittel für die Beratungsarbeit um 250.000 Euro erhöht. Wir hätten in dieser Hinsicht also überhaupt keine Aufforderung zum Handeln benötigt.

Der Antrag der SPD erschließt sich mir hingegen überhaupt nicht. Sie wollen eine landesweite Struktur von Zentren für sexuelle Gesundheit aufbauen. Das Zentrum Walk In Ruhr in Bochum leistet grandiose Arbeit. Die Arbeit hat auch eine überregionale Ausstrahlung. Auf der regionalen Ebene wirken die Aids-Hilfen und der öffentliche Gesundheitsdienst.

Sie wollen jetzt also Geld ausgeben, um neben zwei gut etablierten Anbietern eine dritte Beratungsstruktur aufzubauen. Das wäre für mich definitiv kein effizienter Einsatz unserer Haushaltsmittel.

(Beifall von der FDP – Serdar Yüksel [SPD]:
Nicht aufgepasst im Ausschuss!)

Wir starten aber nicht nur neue Initiativen, sondern setzen auch das fort, was wir im letzten Haushaltsjahr begonnen haben. Wir setzen uns für einen besseren Impfschutz und eine Erhöhung der Impfraten

ein. Die dafür vorgesehenen Mittel finden sich auch im Haushalt 2019 wieder.

Wir wollen die Menschen ermutigen, auch als Laien bei einem Herz-Kreislauf-Stillstand eine Reanimation zu beginnen. Gerade der Unterricht von Schülern in Sachen Wiederbelebung hilft dabei. Wir haben deshalb das landesweite Modellprojekt „Laienreanimation an Schulen in NRW“ gestartet. Im kommenden Jahr werden dafür weitere 100.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Damit können wir weitere Übungspuppen anschaffen und so eine Ausweitung des Modellprojekts auf weitere Schulen unterstützen, damit wirklich jeder in die Lage versetzt wird, bei einem Herz-Atem-Stillstand zu helfen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das sind nur einige Beispiele dafür, welche Akzente die Fraktionen von FDP und CDU setzen. Der Haushalt der NRW-Koalition weist den richtigen Weg für eine noch bessere Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schneider. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es sind viele gute Schritte dabei. Dies zu leugnen, wäre falsch.

Wenn man sich mit den Fachleuten auseinandersetzt, hört man landauf, landab immer wieder: Immerhin wird ja etwas getan. – Das ist gut. Trotzdem ist es, Herr Preuß und Frau Schneider, wirklich kein Grund, sich auf die Schulter zu klopfen. Das liegt aber nicht nur an Ihnen. Vielmehr läuft hier schon seit Dekaden eine Politik, die einen erschauern lässt, wenn man einen Arbeitgeber im Gesundheitswesen hat.

Statistiken zeigen, dass kaum eine Krankenschwester und kaum ein Krankenpfleger die Rente überhaupt erreicht. Wir müssen da gar nicht über die Rente sprechen. In diesem Beruf schafft es kaum jemand überhaupt bis zur Rente.

Jedes fünfte Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen steht nicht nur mit dem Rücken zur Wand, sondern ist schon fast mit dem Rücken durch die Wand. Es häufen sich Milliarden an Strukturinvestitionsdefiziten im Land an, und das schon seit Jahren.

Es klaffen riesige Löcher in der ambulanten Versorgung. Versuchen Sie einmal, irgendwo zwischen Kerken und der niederländischen Grenze noch einen

Hausarzt zu finden, der Sie aufnimmt. Da gibt es Kollegen, die schon weit über ihr Renteneintrittsalter hinaus arbeiten und noch weiterarbeiten müssen, weil sonst niemand da ist, der sich für ihre Patienten einsetzen kann.

Versuchen Sie einmal, irgendwo im Ruhrgebiet einen Platz beim Psychologen oder beim Psychiater zu finden. Aus Kapazitätsgründen warten Sie selbst mit schwerwiegendsten psychiatrischen Erkrankungen teilweise Monate, bis Sie jemanden finden, der Sie aufnehmen kann.

Und warum hält das Gesundheitswesen überhaupt noch zusammen? Kolleginnen und Kollegen sowie Krankenpfleger und Krankenschwestern arbeiten nicht nur bis zu ihrem Limit, sondern teilweise über ihr Limit hinaus. Allein unter ärztlichen Kollegen sind die Raten von psychischen Erkrankungen, Suiziden und Burn-outs – mit allem, was dazugehört; alle Farben aus der Praxis kann ich Ihnen gerne schildern – derart in die Höhe geschneilt, dass es wirklich keinen Grund gibt, sich in irgendeiner Art und Weise auf die Schulter zu klopfen.

Und ja, wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Deutsche Männer sterben in Westeuropa am frühesten. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Wir haben ein Gesundheitssystem, für das viel Geld ausgegeben wird und in dem es mehr Krankenhausbetten und mehr Intensivbetten gibt als in den meisten anderen westlichen Ländern. Dennoch sterben wir mit am frühesten.

Da läuft doch irgendetwas existenziell falsch. Es gibt keinen Grund, das in dieser Art und Weise zu loben. Es gibt keinen Grund – dabei schaue ich in die ganze Runde –, sich da in irgendeiner Art und Weise zu loben.

Es stimmt: An vielen Stellen fehlt das Geld. Mir fällt es manchmal schwer, in meiner Heimatstadt irgendwie über die Straßen zu kommen, ohne einen Achsbruch zu erleiden. Aber gerade das Geld für Krankenhäuser, das Gesundheitssystem und die Gesundheit von Krankenpflegern und Krankenschwestern sollte Geld sein, das wir gerne investieren. Es sollte auch Geld sein, das man dem Gesundheitsminister zur Verfügung stellt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Nun hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir legen ohne Frage einen Schwerpunkt unserer Politik auf den Gesundheitsbereich. Viele Jahre lang betrug die Krankenhausförderung in Nordrhein-

Westfalen jährlich rund 550 Millionen Euro. Wir werden im nächsten Jahr 840 Millionen Euro für unsere Krankenhäuser zur Verfügung stellen.

Dass darin auch 100 Millionen Euro an Strukturmitteln der Krankenkasse enthalten sind, will ich nicht verschweigen. Aber 840 Millionen Euro anstelle von 550 Millionen Euro sind wohl schon eine gewaltige Steigerung.

Wir haben klar vor, auch wieder eine Einzelförderung einzuführen, um Strukturveränderungen zu unterstützen, die wir bei einem Teil unserer 450 Krankenhäuser dringend brauchen.

Wir setzen bei den EFRE-Mitteln einen großen Schwerpunkt bei der Förderung der Digitalisierung des Gesundheitssystems, bei der Vernetzung von Arztpraxen, Krankenhäusern und Apotheken. Jeder, der sich in diesem Bereich ein bisschen auskennt, weiß, dass uns gerade im Gesundheitssystem die Digitalisierung viele neue Möglichkeiten eröffnet, Expertise auch von Schwerpunktkrankenhäusern in die Region zu bringen. Es wäre nahezu fahrlässig, diesen Bereich nicht energisch auszubauen.

Wir haben uns als Koalition entschieden, den Ärztemangel anzugehen. In Nordrhein-Westfalen bildet man seit Jahr und Tag 2.000 Ärzte aus und hat diese Anzahl nicht erhöht, obwohl man weiß, dass zwei Drittel bis drei Viertel der Menschen, die heute Medizin studieren, Frauen sind, die andere Arbeitszeiten haben. Außerdem leben wir in einem Land, in dem wir alleine letztes Jahr 1.500 ausländische Ärzte anerkannt haben.

Man kann wohl nicht sagen, dass wir nichts gegen den Ärztemangel tun. Wir gründen nämlich für Hunderte von Millionen Euro eine neue Medizinische Fakultät in Ostwestfalen.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Dort werden wir in einigen Jahren 300 neue Studierende mit dem Schwerpunkt Allgemeinmedizin haben.

Wir werden im nächsten Jahr zum ersten Mal 170 unserer Ausbildungsplätze nach einem besonderen Auswahlverfahren an Menschen vergeben, die sich besonders dafür eignen, Landärzte zu werden.

Wir haben die Situation, dass zwei Drittel der Ärzte in unseren Dörfern in Nordrhein-Westfalen das 60. Lebensjahr gesehen haben und uns die Versorgung von Dorf zu Dorf zusammenbricht, doch nur übernommen. Der Erste, der etwas dagegen macht, bin doch wohl ich –

(Beifall von der CDU und der FDP)

mit all den Maßnahmen des Quereinstiegs und vielen anderen Dingen, die wir gemacht haben. Sie hat

doch die ärztliche Versorgung in den Dörfern Westfalens überhaupt nicht interessiert. Sonst hätte diese Situation gar nicht erst entstehen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben in diesen Haushalt eingestellt, dass wir unsere Kinderschutzambulanzen in Nordrhein-Westfalen jetzt jedes Jahr mit 30.000 Euro unterstützen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Da ist vorher nichts gemacht worden – gar nichts. Der Kinderschutz und die Kinderschutzambulanzen haben die damalige rot-grüne Regierung überhaupt nicht interessiert. Keinen Cent haben Sie dafür ausgegeben,

(Beifall von der CDU und der FDP)

um in diesem Bereich endlich dafür zu sorgen, dass wir unsere Kinder schützen.

Wir haben dafür gesorgt, dass erstmals seit ganz vielen Jahren die Altenpflegeschulen mehr Geld bekommen. Das sind immerhin 22,5 Millionen Euro.

Außerdem haben wir – darauf bin ich besonders stolz – sehr viel Geld in die Hand genommen, um das Schulgeld in den sogenannten Gesundheitsfachberufen weitestgehend wegzubekommen.

(Beifall von der CDU)

Wenn eine sozialdemokratisch-grüne Regierung dafür sorgt, dass diejenigen, die im Gesundheitssystem als Akademiker über 100.000 Euro im Jahr verdienen, nichts mehr für ihr Studium bezahlen müssen, aber diejenigen, die unter 30.000 Euro im Jahr verdienen, das Schulgeld voll bezahlen müssen, sollen SPD und Grüne bitte mindestens für die nächsten 20 Jahre den Mund zu Chancengleichheit im Gesundheitswesen halten.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben in diesen Haushalt 2,5 Millionen Euro eingestellt, damit wir dann, wenn die Umfrage entsprechend ausgeht, in Nordrhein-Westfalen endlich die Interessenvertretung der Pflege gründen können. Es wird Zeit, dass dann, wenn über Pflege geredet wird, auch Pflege am Tisch sitzt.

(Beifall von der CDU)

Ich will, dass nicht über die Pflege geredet wird, sondern mit der Pflege geredet wird. Dafür haben wir die Haushaltsvoraussetzungen geschaffen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesen Haushalt 11 Millionen Euro für den Landesförderplan Alter und Pflege eingestellt.

Sie werfen mir die Streichung bei ZWAR vor. Da habe ich eine Kurskorrektur vorgenommen. Wir müs-

sen nicht junge mobile Senioren unterstützen, sondern uns um die Senioren kümmern, die durch hohes Alter und Pflegebedürftigkeit an Mobilität und Teilhabe in dieser Gesellschaft gehindert sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da setze ich den neuen Schwerpunkt meiner Arbeit – und nicht so, wie Sie es gemacht haben.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Mit der Landesförderung für Initiativen von Vorruheständlern haben Sie etwas gefördert, was schon längst abgeschafft ist. Denn der Vorruhestand ist bei uns in Nordrhein-Westfalen Gott sei Dank in der Arbeitsmarktpolitik nicht mehr Realität.

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

Wir stellen Geld für eine Beratungs- und Antragsunterstützungskultur für pflegende Angehörige ein. Sie hat es doch gar nicht interessiert, ob die pflegenden Angehörigen Präventionsmaßnahmen, wie es sie in unserer Sozialversicherung gibt, in Anspruch nehmen oder nicht.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Ich baue jetzt eine flächendeckende Antragskultur auf.

Deswegen bin ich der Meinung, dass dieser Haushalt ein Zukunftshaushalt für die Gesundheitspolitik in Nordrhein-Westfalen ist. Wir geben uns sehr viel Mühe, den Stillstand in der Ausbildung der Gesundheitsberufe zu überwinden und die Probleme, die Sie angerichtet haben, in den nächsten Jahren für die Menschen in diesem Land zu lösen.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat ihre Redezeit um 1:36 Minuten überzogen.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Ich frage angesichts der engagierten und leidenschaftlichen Parlamentsdebatte auch zu dieser späten Stunde, ob von den Fraktionen noch weiterer Redebedarf angemeldet wird. – Das ist nicht der Fall.

Damit sind wir am Schluss der Aussprache zum Teilbereich c), Gesundheit, und damit auch am Schluss der Aussprache zum Einzelplan 11.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4411, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen, sodass wir nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung kommen können. Ich darf fragen, wer dem Einzelplan 11 in der

zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppé. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist der **Einzelplan 11 in der zweiten Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 17/4411** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir kommen nun zu:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/4406

a) Kultur

In Verbindung mit:

Zuwendungsrecht effektiv entbürokratisieren und vereinfachen – Kulturförderung als Pilotbereich

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4302

b) Wissenschaft, Weiterbildung

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4344

Jetzt kommen wir zunächst zum Teilbereich

a) Kultur

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Schultheis das Wort. Bitte sehr.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen, man merkt, dass Sie im vergangenen Jahr die Bühnenkunst stärker gefördert haben. Das geht sogar in den Landtag ein, dass sich dort Entwicklungen ermöglichen, auch bei der Präsentation der Landesregierung.

(Beifall von Dietmar Bell [SPD])

Lassen Sie mich eine andere Vorbemerkung machen, was den Einzelplan 06 angeht. Dass dieser Einzelplan am Ende dieses Tages, am Ende der Haushaltsberatungen auf der Tagesordnung steht, ist mehr als bedauerlich, wenn ich das so sagen darf, denn hier handelt es sich um originäre Zuständigkeiten eines Bundeslandes sowohl im Bereich der Kultur als auch im Bereich von Wissenschaft und Forschung. Ich finde das bedauerlich, weil damit auch das, was in diesem Land an Möglichkeiten eröffnet wird, und das, was wir diskutieren, nicht die Öffentlichkeit erreicht, wie es gerade diese Bereiche erfordern und verlangen.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Entwicklung des Landeshaushaltes im Bereich Kultur. Wir haben dies auch in den Beratungen im Ausschuss für Kultur und Medien durch unser Abstimmungsverhalten deutlich gemacht. Der Anstieg des Volumens ist sehr bedeutend. Das schätzen wir auch.

Frau Ministerin, allerdings sehen wir noch bestimmte Handlungsbedarfe, was die Transparenz dieses Haushaltes angeht. Wir haben dies auch diskutiert, gerade was die Titelgruppe 69 angeht, die Stärkungsinitiative. Sie haben zugesagt, dass, wenn diese Stärkungsinitiative schrittweise umgesetzt wird, hier auch mehr Transparenz zu erwarten ist.

Wir gehen davon aus, dass dies dann auf der Basis des Kulturförderberichtes und wiederum auch im Rahmen des Kulturfördergesetzes erfolgen wird, sodass wir genau sehen, in welche Bereiche was geht. Angesichts des Aufwuchses von 20 Millionen Euro in diesem Jahr steht da eine Menge dahinter. Ich glaube, es ist erforderlich, dass der Landtag auch weiß, wohin diese Finanzmittel fließen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam eine vernünftige Lösung finden und insbesondere Transparenzregeln anwenden, die für die Vermittlung dieses Politikbereiches erforderlich sind.

Ich habe auf das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien hingewiesen. Da allerdings der Wissenschaftshaushalt und der Kulturhaushalt in einem Haushalt zusammengefasst sind, werden wir natürlich nicht das Abstimmungsverhalten an den Tag legen können, wie wir das für den Teilhaushaltsplan Kultur getan hätten, weil sich unsere Einschätzung des Wissenschaftshaushaltes etwas anders darstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun zu Ihrem Antrag, was das Zuwendungsrecht angeht. Dieser Antrag bleibt aus unserer Sicht, wenn man an die Erkenntnismöglichkeiten denkt, die es in diesem Zusammenhang gibt, sehr im Allgemeinen. Es ist eine Beschreibung der Situation, die sicherlich richtig ist. Dann folgen auf der zweiten Seite Feststellungen. Aber konkrete Vorschläge, wie sich denn das Zuwen-